

CÔTE D'IVOIRE

Gewerkschaftsmonitor

November 2023

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Bis 1990 prägte die Côte d'Ivoire ein Einparteiensystem unter der Demokratischen Partei der Côte d'Ivoire (*Parti Démocratique de Côte d'Ivoire*, PDCI) mit engen Beziehungen zu Frankreich. Das autoritäre Erbe wirkt trotz Liberalisierung und Demokratisierung fort: Seit Abhaltung der ersten demokratischen Wahlen 1990 waren wichtige Parteien entweder ausgeschlossen, boykottierten die Wahl oder erkannten ihre Abwahl nicht an. Die Exekutive dominiert den politischen Prozess. Öffentliche Proteste werden regelmäßig nicht genehmigt und sind damit schwierig legal zu organisieren. Unter Präsident Laurent Gbagbo (2000–2011) eskalierten innere Konflikte und das Land war von 2002 bis 2011 in einen regierungskontrollierten Süden und einen rebellenbeherrschten Norden geteilt. Die seit 2011 amtierende Regierung unter Präsident Alassane Ouattara versteht sich als liberal und folgt in ihrer makroökonomischen Politik entsprechenden Grundsätzen. Allerdings sind viele politische Eliten gleichzeitig Unternehmer_innen und die Trennung politischer von privatwirtschaftlichen Interessen ist nicht immer gewahrt. Die Politik ist grundsätzlich eher arbeitgeberfreundlich und Gewerkschaften gegenüber wenig aufgeschlossen.

Bereits seit den 1980er Jahren wurden viele Staatsunternehmen privatisiert und bedeutende Teile der öffentlichen Infrastruktur bzw. Dienste (Elektrizitäts- und Wasserversorgung, Abfallwirtschaft etc.) sind überwiegend in privater Hand. Die Entwicklungsstrategie der Regierung setzt auf Kooperationen der öffentlichen Hand mit der privaten Wirtschaft (*Public Private Partnerships*, PPP) – als Alternative zu traditionell allein staatlich verantworteten und erbrachten öffentlichen Leistungen. Die Wirtschaft ist unter Ouattara konstant stark gewachsen, getrieben v.a. durch öffentliche Investitionen. Kredite wurden überwiegend bei privaten Gläubigern aufgenommen und die Verschuldung nähert sich – ein Jahrzehnt nach dem internationalen Teilschuldenerlass von 2012 – erneut kritischen Werten, Risiken bleiben nach Einschätzung des

Internationalen Währungsfonds jedoch vorerst moderat. Das Verhältnis der Staatsausgaben zum Sozialprodukt liegt im regionalen Mittelfeld, die Regierung hat stark in öffentliche Güter investiert, insbesondere in Infrastruktur und Energiegewinnung (zu 30 Prozent in öffentlicher Hand).

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Die Côte d'Ivoire ist vor allem eine Agrarexportwirtschaft, wobei der Mineraliensektor an Bedeutung gewinnt. Sie ist historisch der weltweit größte Produzent von Rohkakao (der ca. 45 Prozent der Exporte 2022 ausmachte) und ein wichtiger Produzent von Kakaopaste und Kakaobutter, zudem in den letzten Jahren bedeutendstes Anbaugebiet von Cashewnüssen. Weitere wichtige Exportgüter sind Kautschuk, Gold, Rohöl bzw. Treibstoffe, Baumwolle, Schokolade, Palmöl, Mangan und Tropenfrüchte. Seine Stellung als führender Robusta-Kaffee-Produzent hat das Land in den letzten Jahrzehnten verloren, insbesondere aufgrund zeitweilig stark gefallener Weltmarktpreise und somit unattraktiver Bedingungen.

Im Rahmen der Wiederaufforstung der weitgehend in Plantagen umgewandelten Waldgebiete wird eine Teak- und Gmelina-basierte Forstwirtschaft gefördert. Der Hafen von Abidjan wickelt in der Regel einen großen Teil der Im- und Exporte Burkina Fasos ab und ist von regionaler Bedeutung. Die Côte d'Ivoire hat bis vor wenigen Jahren nur geringe Mengen Erdöl gefördert; seit der Entdeckung eines großen Vorkommens 2021 und seiner Erschließung steigt die Produktion aber deutlich an. Die Rohstoffe werden in begrenztem Maße lokal weiterverarbeitet. Die Industrie ist primär auf den Binnenmarkt ausgerichtet (Treibstoffe, Kochgas, Baustoffe, Plastikwaren, Lebensmittel, Reinigungsprodukte etc.). Für den internationalen Markt betreibt Barry Callebaut drei Werke zur Weiterverarbeitung von Kakao; Nestlé stellt lokal Instantkaffee her und die ivorisch dominierte SIFCA bereitet u.a. Palmöl, Kautschuk und Rohrzucker auf. Die Regierung will die Industrialisierung fördern und hat in den letzten Jahren die Etablierung eines großen Industriegebiets am nördlichen Stadtrand Abid-

jans vorangetrieben. Ebenso wurde der Hafen San Pedro stark ausgebaut, der südlich an die Kakaoanbaugebiete anschließt.

Die Inflation war offiziell in den letzten Jahren mit zwei bis vier Prozent vergleichsweise niedrig und stieg vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine 2022 auf sechs Prozent an. Trotz Preiskontrollen und Subventionen für Güter des Grundbedarfs sind die Lebenshaltungskosten im regionalen Vergleich grundsätzlich hoch. Abidjan ist im letzten Jahrzehnt massiv gewachsen, womit sich Kosten für Wohnraum und Mobilität besonders erhöht haben. Das Wirtschaftswachstum lag in den letzten zehn Jahren durchschnittlich bei etwa sieben Prozent pro Jahr. Dieses ist stark ungleich verteilt. Knapp 20 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung sind im formellen Sektor tätig, etwa 68 Prozent arbeiten in der Landwirtschaft. Mit einem BIP von 2 550 US-Dollar (2021) pro Kopf fällt das Land in die »lower middle income«-Kategorie der Weltbank.

Die Preise für vier als kritisch definierte Güter sind politisch kontrolliert und z. T. subventioniert (Brot, Gas, Elektrizität und Wasser). Vor dem Hintergrund der Preissteigerungen aufgrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine wurden 2022 zeitweilig die Preise von 21 verschiedenen Gütern bzw. Dienstleistungen gedeckelt, darunter u. a. bestimmte Speiseöle, Zucker, Milch, Nudeln und Fleisch. Laut Regierungsangaben wurden 550 Milliarden FCFA (839 Millionen Euro) zur Subventionierung von Treibstoff und 40 Milliarden FCFA (61 Millionen Euro) für Weizenmehl mobilisiert. Weitere Hilfen wurden lokalen Institutionen gewährt. Merkliche Preissteigerungen konnten nicht verhindert werden, lagen jedoch unter dem globalen und regionalen Durchschnitt.

Das Sozialversicherungssystem wird tendenziell ausgebaut. Ab 2015 wurde die Universelle Krankenversicherung (*Couverture Maladie Universelle*, CMU) eingeführt, die schrittweise auf alle Bevölkerungsteile ausgeweitet werden soll. Seit 2019 ist sie für alle Einwohner_innen verpflichtend. Mit der Verabschiedung eines Gesetzes im Oktober 2022, laut dem zukünftig die CMU-Karte auch für administrative Vorgänge – wie die Ausstellung eines Reisepasses, einer Fahrerlaubnis oder für Schulregistrierungen (ab 16 Jahren) – benötigt wird, wurde die Verbindlichkeit deutlich erhöht. Bis dahin waren nur etwa zwölf Prozent der Bevölkerung (3,5 Millionen), im Wesentlichen aus dem formellen Sektor, durch die gesetzliche Kasse abgedeckt. Diese ist mit dem einkommensunabhängigen Beitrag von 1 000 FCFA (1,50 Euro) pro Monat zwar günstig, aber unterfinanziert; und sie steht im Ruf, wenig effektiv zu sein.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Streikrecht und die gewerkschaftliche Organisationsfreiheit sind im Artikel 18 der Verfassung verankert. Das Arbeitsrecht (*Code du Travail*) wurde zuletzt 2015 reformiert. Die wichtigsten Neuerungen: Das Eintrittsalter für Beschäftigung wurde von 14 auf 16 angehoben; Arbeitgeber müssen Angestellte unter 18 Jahren in einem Register führen; Diskriminierung wegen Behinderungen ist explizit verboten, genauso wie jegliche

Form von Belästigung. Darüber hinaus ist für Betriebe ab 300 Angestellten ein Betriebsrat verpflichtend.

Mit dem Auslaufen des 2017 geschlossenen ersten Sozialpakts (*Trêve Sociale*) für den öffentlichen Dienst wurde im August 2022 ein Nachfolgeabkommen (2022–2027) geschlossen. Der *Trêve Sociale* wurde zwischen acht Gewerkschaften bzw. Dachverbänden der Beschäftigten des öffentlichen Sektors und der Regierung vereinbart. Letztere wurde repräsentiert durch das Ministerium des öffentlichen Dienstes (*Ministère de la fonction publique*). Im Kern sieht das Abkommen jährliche Boni von 33 Prozent des Gehalts vor sowie eine Erhöhung nichtvariabler Lohnbestandteile, d. h. der Transportpauschale, des Wohngeldes und des Kindergeldes. Die Erhöhungen fallen angesichts der langen Laufzeit insgesamt begrenzt aus und kommen vor allem den unteren Einkommensklassen zugute, machen nach Regierungsangaben aber dennoch etwa 227 Milliarden FCFA (346 Millionen Euro) pro Jahr aus.

Vor dem Hintergrund der Erhöhung der Lebenshaltungskosten kam es 2022/23 zu mehreren z. T. signifikanten Streikaktionen. Darunter waren Streiks der Gerichtsangestellten (Januar 2022), bei der Post (Juli 2022) und bei Anbietern mobiler Gelddienstleistungen (August 2022). Hintergrund waren ausstehende bzw. irreguläre Lohnzahlungen und schlechte Arbeitsbedingungen. Im September 2022 bestreikte der in der Côte d'Ivoire nicht als legitime Interessenvertretung anerkannte Gewerkschaftsverband des Flugsicherheitspersonals (*Union des syndicats des contrôleurs aériens de l'ASECNA*, USYCAA) mehrere Flughäfen der Region, darunter Abidjan, und legte den Flugbetrieb lahm. Der Konflikt wurde in informellen Verhandlungen beigelegt. Anfang Oktober 2022 streikten Industriearbeiter_innen der *Zone Industrielle* in Yopougon für höhere Löhne und blockierten dort eine der wichtigsten Verkehrsadern des Landes, woraufhin Sicherheitskräfte gegen die Protestierenden vorgingen. Die Arbeiter_innen bezogen sich auf den beschlossenen *Trêve Sociale*, um ihre Forderungen zu begründen und die Aktionen förderten die anschließende Ausweitung der Lohnverhandlungen auf den Privatsektor. Auch die bedeutendste Gewerkschaft der Fischereiarbeiter_innen (*Syndicat des marins pêcheurs de Côte d'Ivoire*, SYMAPECI) bestreikte wiederholt insbesondere internationale Trawler, z. T. zur Durchsetzung der Sozialkapitel der EU-Fischereiabkommen, welche u. a. angemessene Kranken-, Unfall- und Sterbeversicherungen vorsehen. Mit dem selben Ziel unterstützte sie z. T. erfolgreich Gerichtsverfahren von Mitgliedern.

Im November 2022 einigten sich die Tarifparteien in der zuständigen Beratungskommission für Arbeitsfragen (*Commission consultative du travail*, CCT) auf eine Erhöhung des Mindestlohns um 25 Prozent auf 75 000 FCFA pro Monat (114,55 Euro) zum 1. Januar 2023. Die Regierung erließ anschließend im Dezember ein Dekret, das diesen allgemein verbindlich macht. Der Mindestlohn sollte laut Arbeitsrecht eigentlich alle drei Jahre überprüft werden, dies war jedoch seit Einführung der entsprechenden Vorschrift 2015 nicht geschehen. Zuzüglich der – zuletzt 2020 um 5 000 FCFA erhöhten – gesetzlich vorgeschriebenen Transportpauschale von 30 000 FCFA im Privatsektor liegen Mindesteinkünfte nun bei 105 000 FCFA (160 Euro). Damit hat die Côte d'Ivoire formell

den höchsten Mindestlohn Westafrikas. Allerdings wurde der eigentlich im selben Zyklus zu überprüfende landwirtschaftliche Mindestlohn nicht angepasst und liegt weiterhin bei lediglich 30 000 FCFA pro Monat (46 Euro).

Im Frühjahr 2023 wurden in der für Tarifverhandlungen im Privatsektor eingerichteten Ständigen Unabhängigen Verhandlungskommission (*Commission indépendante permanente de concertation*, CIPC) Löhne und Gehälter für 27 Branchen verhandelt und Erhöhungen zwischen neun und 20 Prozent beschlossen. In der Kommission sind die zwei bedeutendsten Arbeitgeberverbände und fünf Gewerkschaftsdachverbände repräsentiert. Die stärksten Erhöhungen gibt es für privates Sicherheits- und Haushaltspersonal sowie im Banken- und Versicherungssektor. Die Sektoren decken einen großen Teil der formellen Wirtschaft inklusive des formellen Teils der Landwirtschaft ab.

Bezüglich gewerkschaftsinterner Entwicklungen fand im Dezember 2022 der 9. »außerordentliche« Kongress des Dachverbands Allgemeine Union der Arbeiter_innen der Côte d'Ivoire (*Union générale des travailleurs de Côte d'Ivoire*, UGTCI) statt. Dieser folgte auf eine Gerichtsentscheidung von 2015, welche die Wahl des Generalsekretärs auf dem 8. Kongress 2012 für ungültig erklärt hatte. Der damals abgewählte Generalsekretär und die Beigeordnete Generalsekretärin hatten aus formellen Gründen gegen das Ergebnis geklagt (die ordnungsgemäße Ankündigung hatte gefehlt; der scheidende Generalsekretär war abwesend). Auf dem 9. Kongress wurde der zehn Jahre zuvor gewählte Generalsekretär Joseph Ebagnérin ohne Gegenkandidatur mit 99,99 Prozent erneut gewählt. Damit hat die UGTCI wieder eine legitime Leitung.

GEWERKSCHAFTEN IN CÔTE D'IVOIRE – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Der spätere erste Präsident Houphouët-Boigny baute zur Zeit der Unabhängigkeitsbestrebungen auf eine landwirtschaftliche Gewerkschaft als bedeutendste Machtbasis. Nach seiner Machtübernahme 1960 wurden die bestehenden Dachverbände 1962 unter politischem Druck vereinigt. Während des bis 1990 bestehenden Einparteienregimes gab es lediglich einen Gewerkschaftsdachverband, die Allgemeine Union der Arbeiter_innen der Côte d'Ivoire (*Union générale des travailleurs de Côte d'Ivoire*, UGTCI). Diesem gehörten mit drei Ausnahmen (insbesondere aus dem Bildungsbereich) obligatorisch sämtliche Einzelgewerkschaften an. Der Dachverband hatte eine Funktion der Einhegung von Arbeitskämpfen zwecks Unterstützung der wirtschaftspolitischen Agenda der Regierung. Im Kontext der Einführung des Mehrparteien-systems 1990 konnten Gewerkschaften entstehen, die nicht primär den Staatsinteressen zu dienen hatten. Zunächst wurden zwei weitere, oppositionsnahe Gewerkschaftsdachverbände gegründet: die 1991 gegründete Vereinigung der unabhängigen Gewerkschaften der Côte d'Ivoire (*Fédération des syndicats autonomes de Côte d'Ivoire*, FESACI) und die 1992 anerkannte Vereinigung der freien Gewerkschaften der

Côte d'Ivoire – Würde (*Confédération des syndicats libres de Côte d'Ivoire*–Dignité, CISL-Dignité). Unter der Regierung Laurent Gbagbo (2000–2011) kamen 2004 die Nationale Union der Arbeiter_innen der Côte d'Ivoire (*Union nationale des travailleurs de Côte d'Ivoire*, UNATRCI) und 2010 die Dachgewerkschaft Humanismus (*Centrale syndicale humanisme*, CSH) hinzu. Weitere, weniger bedeutende und nicht zentral in Lohnverhandlungen eingebundene Verbände konkurrieren um Anerkennung.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Die UGTCI hat eine Geschichte als Staatsgewerkschaft, die eher dem betrieblichen Frieden im Dienste nationaler Entwicklung als der Interessendurchsetzung der arbeitenden Bevölkerung verpflichtet war. Diese staatsnahe Gewerkschaftskultur wirkt nach. Die UGTCI gilt als moderate Institution, wenngleich sie sich unter dem Wettbewerbsdruck angepasst hat und in Teilen offensiver geworden ist.

Gewerkschaften spielten eine Kernrolle in der Demokratisierung seit den späten 1980er Jahren. Vor dem Hintergrund des Verfalls der Rohstoffpreise, der Wirtschaftskrise und der Strukturanpassungsprogramme erfuhren insbesondere die Staatsangestellten Einkommensverluste. Die resultierende Unzufriedenheit drückte sich auch in Forderungen nach politischem Wandel aus. Der Gewerkschaftsspezialist Adou Appiah analysierte in einer Studie im Jahr 2013 Streiks im Bildungssektor im Jahr 1983 und Arbeitskämpfe in einer Werft (1997–2000), die vordergründig den Einkommen galten; beide Fälle beschreibt er als deutlich politisch konnotiert. In kritischer Haltung gegenüber der weiterhin regierenden PDCI und unzufrieden mit der regierungsnahen UGTCI, aber mit Sympathien für Laurent Gbagbos Partei Ivorische Volksfront (*Front Populaire Ivoirien*, FPI) gründeten sich Anfang der 1990er die überwiegend im Bildungssektor verankerte FESACI und die CISL-Dignité.

Nach der Machtübernahme Laurent Gbagbos 2000 dauerte seine enge Beziehung zu den beiden Dachverbänden an, mehrere ihrer Funktionäre wurden in Regierungspositionen rekrutiert. Angesichts einer eskalierenden politischen und wirtschaftlichen Krise konnte die Regierung Gbagbo die Erwartungen ihrer Mitglieder an Lohnverbesserungen jedoch kaum realisieren. Vor diesem Hintergrund gründete sich 2004 die UNATRCI, welche sich als moderat-linke Alternative zu den bestehenden Dachverbänden positionierte. Die FESACI wiederum erfuhr 2006 eine Spaltung, die sich in separat organisierten Kongressen zweier konkurrierender Gruppierungen manifestierte und bis Mitte der 2010er Jahre andauernde Gerichtsprozesse um die Führung nach sich zog. Schließlich gründete sich 2010 die Gewerkschaft CSH, die offen der damaligen Opposition um Alassane Ouattara nahesteht. Die CSH blieb der jetzigen Regierung verbunden und zeigt sich tendenziell arbeitgebernah. Schließlich wurde 2019 die Nationale Plattform (*Plateforme Nationale*, PFN) als sechster Dachverband vom Arbeitsministerium anerkannt. Sie vereinigt in erster Linie Angestellte des öffentlichen Sektors, zählt jedoch auch die Fischereigewerkschaft SYMAPECI zu ihren Mitgliedern.

Allerdings sind wegen Widerstands der etablierten Dachverbände nur die fünf in Tabelle 1 aufgeführten in der CIPC repräsentiert und somit in landesweite Lohnverhandlungen des Privatsektors eingebunden. Ca. vier weitere Organisationen beanspruchen ebenfalls den Status eines Dachverbands. Bei den Verhandlungen für den öffentlichen Sektor war die PFN als Dachverband der Staatsbediensteten neben den CIPC-Mitgliedern eingebunden.

Den höchsten Organisationsgrad weisen die Angestellten des Bildungssektors auf, gefolgt von der formellen Landwirtschaft, welche durch die Arbeiter_innen der Kautschukplantagen dominiert wird. Der öffentliche Sektor als ganzer ist zudem vergleichsweise stark organisiert, ähnlich die produzierende Industrie sowie Handel und Transport. Branchen wie der Bau, die extractive Industrie, der Energie- und der Finanzsektor sind demgegenüber nur wenig von Gewerkschaften erschlossen.

Tabelle 1:
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in der Côte d'Ivoire

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Union générale des travailleurs de Côte d'Ivoire (UGTCI, Allgemeine Union der Arbeiter_innen der Côte d'Ivoire)	Joseph-Léon EBAGNÉRIN	207 830 (laut IGB 2022) in 160 Mitglieds-gewerkschaften (eigene Angaben)	IGB (Internationaler Gewerkschaftsbund), IGB Afrika OATUU (Organisation für Afrikanische Gewerkschaftseinheit) OTUWA (Verband der Gewerkschaften im Westlichen Afrika) ORAF-CISL (Regionale afrikanische Organisation der internationalen Konföderation der freien Gewerkschaften)
Confédération des syndicats libres de Côte d'Ivoire-Dignité (CISL-Dignité, Vereinigung der freien Gewerkschaften der Côte d'Ivoire – Würde)	Elie BOGA DAGO	120 000 (laut IGB 2022) in 150 Mitglieds-gewerkschaften (eigene Angaben)	IGB, IGB Afrika
Fédération des syndicats autonomes de Côte d'Ivoire (FESACI, Vereinigung der unabhängigen Gewerkschaften der Côte d'Ivoire)	Mamadou TRAORE DOHIA	221 000 (laut IGB 2022)	IGB, IGB Afrika
Union Nationale des Travailleurs de Côte d'Ivoire (UNATRCI, Nationale Union der Arbeiter_innen der Côte d'Ivoire)	Yves KODIBO	40 000 (eigene Angaben) in 153 Mitglieds-gewerkschaften	–
Centrale Syndicale Humanisme (CSH, Dachgewerkschaft Humanismus)	Mamadou SORO	513 483 (laut IGB 2022) in 132 Mitglieds-gewerkschaften (eigene Angaben)	IGB, IGB Afrika

Tabelle 2:
Die wichtigsten Branchenverbände bzw. Einzelgewerkschaften in der Côte d'Ivoire

Branchenverband / Gewerkschaft	Mitgliedschaft in Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Coordination Nationale des Enseignants et Chercheurs (CNEC, Vereinigung der Lehrkräfte und wissenschaftlich Forschenden)	–	Aubin KAZON	ca. 400 (eigene Angaben)	–
Mouvement des Instituteurs pour la Défense de leurs Droits (MIDD, Bewegung der Lehrkräfte zur Verteidigung ihrer Rechte)	Beobachterstatus bei der CSH	Paul GNOGBO	über 30 000 (eigene Angaben)	–
Syndicat National des Cadres Supérieurs de la Santé de Côte d'Ivoire (SYNACASSCI, Gewerkschaft des gehobenen Dienstes im Gesundheitssektor)	FESACI	Atté BOKA	k. A.	–
Syndicat National des Agents de la Presse Privée de la Côte d'Ivoire (SYNAPP-CI, Gewerkschaft der privaten Presseagenturen)	CISL-Dignité	Abou ADAM	ca. 400 (eigene Angaben)	–
Intersyndicale des Fonctionnaires de la Côte d'Ivoire (IFCI) (Gewerkschaftsverband der Staatsbediensteten)	–	Jean Yves ABONGA	k. A.	–

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Einzelgewerkschaften gründen sich in der Rechtsform des Vereins, die rechtlichen Grundlagen für die Anerkennung als Tarifpartei und für die Verhandlungsprozesse sind im Arbeitsrecht (*Code du Travail*, 2015) geregelt. Gewerkschaften können unabhängig agieren, sich in Föderationen zusammenschließen oder sich bestehenden Dachverbänden anschließen. Gewerkschaften werden überwiegend als Betriebsgewerkschaften gegründet und oft konkurrieren mehrere um die selbe Belegschaft. Gewerkschaften müssen ein definiertes Maß an Repräsentativität nachweisen, um als Tarifpartei agieren zu können. Belegschaftsvertreter_innen der Gewerkschaft müssen mindestens 30 Prozent der Stimmen erhalten und 15 Prozent der Beschäftigten repräsentieren, damit ihre Organisation als Verhandlungspartner legitimiert ist. Die Vertreter_innen der Belegschaft müssen in Betrieben mit mehr als zehn Beschäftigten alle zwei Jahre gewählt werden und werden von Gewerkschaften nominiert, so diese Beschäftigte des Betriebs repräsentieren.

Föderationen fassen mindestens fünf Einzelgewerkschaften einer Branche zusammen. Dachverbände müssen mindestens drei Föderationen verschiedener Branchen umfassen. Meist teilen Dachverbände die Einzelgewerkschaften zwecks Repräsentation von Branchen den Föderationen zu, u. U. bilden sich diese jedoch auch unabhängig. Beispielhaft hierfür stehen die Vereinigung des Cashew- und Baumwollsektors (*Fédération nationale des travailleurs du textile, du coton et de l'anacarde de Côte d'Ivoire*, FENATTCACI) und die Vereinigung des Bananen- und Ananassektors (*Fédération des travailleurs de l'industrie de la banane et de l'ananas de Côte d'Ivoire*, FETBACI), deren Mitglieder verschiedenen Dachverbänden angehören.

Die allgemeinen Mindestlöhne werden unter den Sozialpartnern ausgehandelt, und zwar in der paritätisch von den Tarifparteien besetzten *Commission consultative du travail* (CCT) unter Vorsitz des Arbeitsministers. Landesweite Löhne für den Privatsektor werden in der *Commission Indépendante Permanente de Concertation* (CIPC) zwischen den Tarifparteien vereinbart. Auf Gewerkschaftsseite sind in ihr die UGTCI, die UNATRCI, die FESACI, die CISL-Dignité und die CSH vertreten. Grundsätzlich können nur anerkannte Dachgewerkschaften in landesweite Lohnverhandlungen eintreten, faktisch beschränkt sich dies auf die fünf Mitglieder der CIPC. Die CCT wird konsultiert. Tarifverträge können höchstens fünf Jahre laufen. Einzelgewerkschaften können ggf. in ihren Betrieben bzw. Sektoren höhere Löhne oder andere Arbeitsbedingungen aushandeln.

Das Arbeitsrecht verlangt eine Streikwarnung und eine Serie von Verhandlungen vor Streiks. Diese Vorgaben erschweren die Organisation legaler Streiks, weshalb Arbeitsniederlegungen oft irregulär erfolgen. Dies wiederum ermöglicht Arbeitgebern, mit Entlassungen zu reagieren.

In definierten »sensiblen« Branchen (Sicherheit, Gesundheit, Strom- und Wasserversorgung etc.) ist das Streikrecht insofern eingeschränkt, als eine Grundversorgung gewährleistet bleiben muss. Versuche der Einschränkung der gewerkschaftlichen Organisation kommen allgemein regelmäßig vor. Dies

zeigt auch die Einstufung des Landes im *Global Rights Index* des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) 2023, der von »regelmäßigen Verletzungen der Rechte von Arbeitnehmer_innen« spricht. Die Einschränkungen bedienen sich wohl vor allem informeller und tendenziell illegaler Mittel, insbesondere Karrierenachteile, Entlassungen oder deren Androhung. Wie auch der Menschenrechtsbericht 2022 des US-Außenministeriums kritisiert, verfolgt die Justiz Verletzungen des Streikrechts und der Vereinigungsfreiheit allenfalls selten. Vielfach sprechen Beschäftigte auch von Versuchen der Bestechung von Gewerkschafter_innen durch Arbeitgeber. Diese Vorwürfe betreffen sowohl ausländische als auch ivoirische Betriebe.

Die Côte d'Ivoire hat 42 Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ratifiziert, darunter die zehn Kernarbeitsnormen. Mit Unterstützung der ILO organisierten Gewerkschaften seit 2022 mehrere Kampagnen für die Ratifizierung der Konvention 190 gegen Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz.

Internationale Aufmerksamkeit erregten insbesondere Berichte über burkinische Minderjährige, die auf kleinbäuerlichen Kakaoplantagen zur Arbeit gezwungen wurden. Angesichts der Reputationsschäden des Sektors und potentieller Einbußen in Folge der Lieferkettengesetzgebung hat die Regierung die Überwachung des Sektors deutlich verstärkt und einige Erfolge verzeichnet. Das Zurückdrängen von ausbeuterischer Kinderarbeit wird jedoch von strukturellen Gründen erschwert: Die geringen Einkommen der Bauern(-familien) machen sie wirtschaftlich abhängig von unentgeltlicher Arbeit jüngerer Familienmitglieder. Der Großteil dieser Kinderarbeit findet in gewerkschaftlich kaum erschlossenen Sektoren statt, d. h. in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft und dem urbanen informellen Sektor. Sehr verbreitet ist u. a. das organisierte Betteln durch Kinder im dichten Verkehr an Verkehrsknotenpunkten.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Zur Gestaltung des sozialen Dialogs existieren mehrere Kommissionen und Räte:

- Die aus Vertreter_innen der Arbeitnehmer_innen und Unternehmen zusammengesetzte *Commission consultative du travail* (CCT) unter Vorsitz des Arbeitsministers. Sie handelt die Mindestlöhne aus und berät über die politische Reglementierung der Arbeitswelt sowie die Auslegung des Arbeitsrechts.
- Die Unabhängige permanente Konzertierungskommission (*Commission indépendante permanente de concertation*, CIPC) ist paritätisch besetzt mit Vertreter_innen von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen. In ihr werden die Löhne des Privatsektors verhandelt.
- Der Nationale Rat des sozialen Dialogs (*Conseil national du dialogue social*, CNDS) ist ein dreigliedriges Beratungsorgan. Es dient den Beratungen zwischen den Sozialpartnern und der Regierung über alle Fragen bezüglich der Arbeitswelt.

Für den Privatsektor wird im Kern in der CIPC verhandelt, der neben den fünf in Tabelle 1 genannten Dachverbänden zwei Arbeitgeberverbände angehören. Im öffentlichen Sektor bildeten die CIPC-Dachverbände sowie die PFN und zwei weitere Sektorgewerkschaftsverbände 2022 eine Ad-hoc-Gruppe zur Verhandlung, unterzeichneten den *Trêve Sociale* jedoch als acht Einzelorganisationen.

Insgesamt haben sich die Gremien trotz zeitweiser Lähmungen bewährt, wie z. B. der Leiter des ILO-Büros in Abidjan bestätigte. Laut einer Studie aus dem Jahr 2021 von Alban Houré und Aline N’Cho verzeichnen gewerkschaftlich organisierte Betriebe einen um fast zehn Prozent höheren Lohn als solche ohne Vertretung. Im formellen Sektor ist die gewerkschaftliche Organisation insgesamt stark, wobei signifikante Lücken bestehen und die Tarifbindung vielfach nicht eingehalten wird. Die staatlichen Mechanismen der Kontrolle, welche vor allem der Arbeitsinspektionseinheit des Arbeitsministeriums obliegt, gelten aufgrund geringer personeller Ressourcen als nur mäßig effektiv. Gewerkschaften haben in der Vergangenheit mehrfach massiv protestiert gegen ihrer Einschätzung nach ungerechtfertigte Entlassungen, v. a. wegen Streiks, und hatten damit teilweise Erfolg. Auch bei wirtschaftlich begründeten Entlassungen engagieren sie sich und konnten häufig abfedernde Maßnahmen aushandeln. Insgesamt verbessern sie bei allen Einschränkungen die Lage der formell Beschäftigten deutlich. Allerdings ist der informelle Sektor, der ca. 80 Prozent der Arbeitsplätze umfasst, kaum abgedeckt. Der für die Exportwirtschaft besonders wichtige Kakaoanbau wird überwiegend von Langzeitmigrant_innen burkinischer Herkunft in kleinbäuerlichen Einheiten betrieben. Die Arbeitskräfte werden oft über informelle und familiäre Kontakte rekrutiert, auch im Ausland und unter Minderjährigen.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Die Lohnverhandlungen im öffentlichen Dienst und im Privatsektor 2022/2023 haben den Gewerkschaften neue Aufmerksamkeit beschert, sie revitalisiert und sich positiv auf ihre öffentliche Wahrnehmung ausgewirkt. Inwiefern diese Entwicklung nachhaltig ist, ist derzeit offen. In den letzten Jahren war vor allem eine Schwächung zu beobachten gewesen, welche sich in Problemen der Mitglieder- und Nachwuchsrekrutierung zeigte sowie in einer öffentlichen Wahrnehmung als entweder ineffektiv oder als Unruhestifter. Nachdem die politische Öffnung und der politische Wandel der 1990er Jahre die Gewerkschaftslandschaft zeitweilig dynamisiert hatten, setzten mit der politischen Stabilisierung und der strafferen Führung unter dem seit 13 Jahren regierenden Präsidenten Erosionstendenzen ein.

Für die Gewerkschaften und ihre Mitglieder ist die Lohnfrage zentral, zudem werden sie regelmäßig wegen schlechter Arbeitsbedingungen und bei Entlassungen aktiv. Historisch positionierten sie sich – insbesondere im Kontext der Strukturanpassungsprogramme der 1980er Jahre – gegen Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst und gegen Privatisierungspläne. Trotz nur vereinzelter Erfolge etablierten sich

die Gewerkschaften als Teil der politischen Öffentlichkeit. Im CNDS sind die Sozialpartner – offiziell beratend – in die Politikentwicklung eingebunden, der Einfluss der Gewerkschaften ist jedoch öffentlich wenig spürbar. Die Gewerkschaft CSH gilt als regierungsnah. Entsprechend der liberalen Ausrichtung der Regierung pflegt sie auch zur Arbeitgeberseite eine konsensorientierte Haltung. In der CISL-Dignité und der FESACI gibt es weiterhin deutliche Sympathien für Laurent Gbagbo und seine *Parti des peuples africains-Côte d’Ivoire* (PPA-CI), wengleich man sich auch hier verstärkt um produktive Beziehungen zur Regierung bemüht.

Im informellen Sektor gibt es vielfach berufliche Verbände, die jedoch meist nur in begrenztem Umfeld rekrutieren. Sie dienen oft eher der gegenseitigen Unterstützung bei Krankheit und Todesfällen, statt sich um größere Lohn- und Arbeitsfragen zu kümmern. Im Transportsektor gibt es mehrere sich als Gewerkschaften bezeichnende Organisationen, die die Interessen ihrer Mitglieder vertreten und soziale Funktionen wahrnehmen. Wie u. a. *Le Monde* (2019) berichtete, sind sie aber auch kommerziell aktiv, indem sie Taxi- und Minibusbahnhöfe kontrollieren, und stehen teilweise der Halbwelt nahe. Ebenso wird auch die Vereinigung der Studierenden und Schüler_innen der Côte d’Ivoire (*Fédération estudiantine et scolaire de Côte d’Ivoire*, FESCI) öffentlich als Gewerkschaft wahrgenommen. Auch sie ist unternehmerisch aktiv: Sie kontrolliert zu diesem Zweck Teile des Universitätswesens, verteidigt diese Interessen auch mit Gewalt und verfügt über gute politische Kontakte.

Dr. Felix Gerdes, Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Côte d’Ivoire

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Afrika
Hiroshimastraße 17 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Britta Utz, Referentin Südafrika,
Gewerkschaften und Soziale Gerechtigkeit
britta.utz@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.